

Verhandlungen im Gouvernement Kiel am 4. November 1918, 21:00 – 0:15 Uhr zwischen dem Gouverneur und weiteren Offizieren, dem Soldatenrat, dem Arbeiterrat, Vertretern der sozialdemokratischen Parteien und den von Berlin entsandten Vertretern der Regierung Haußmann und Noske, sowie weiterer Personen.

Inhalt

1. Ablauf der Verhandlungen laut Protokoll des Gouvernements
2. Anhang
 - Geplanter Flottenvorstoß
 - Lothar Popp's Darstellung der Verhandlungen
 - Stationswache

Übertragung/Transkript¹

Stempel:

Marine-Station der Ostsee
Eingegangen, d. 20. 1. 1919

Abgezeichnet:

L9

I^C [Chef der Station]

Abw [Abwehr ?]

Niederschrift

Über die am 4. November 1918 abends 9 Uhr im Sitzungssaal des Stationskommandos stattgefundenen Besprechung von Vertretern des Gouvernements mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates, dem Staatssekretär Haußmann als Vertreter der Regierung und den [!] Reichstagsabgeordneten Noske.

Anwesend:

- 1.) Sr. Exzellenz, der Stationschef und Gouverneur, Admiral Souchon
- 2.) Chef des Stabes, Kontreadmiral Küsel,
- 3.) Korvettenkapitän Werth,

¹ Veröffentlicht in Auszügen auf www.vimu.info, basierend auf Jörg Berlin: Die deutsche Revolution 1918/19. Quellen und Dokumente. Köln 1979, S. 158 f. Hier ergänzt durch das Manuskript beim Bundesarchiv: BArch RM 31/2373 Bl. 40-50.

Diese Übertragung (Transkript) wurde vorsichtig an die neue Rechtschreibung angepasst. Der Name Haußmann wurde im Original „Haussmann“ geschrieben, hier wird die korrekte Schreibweise wiedergegeben.

- 4.) Korvettenkapitän Fischer,
- 5.) Korvettenkapitän Knipping,
- 6.) Korvettenkapitän Düms, [Nr. 2-13 mittels handschriftlicher
- 7.) Kapitänleutnant Mohr, geschweifter Klammer gekennzeichnet als
- 8.) Kapitänleutnant Stucken, „vom Stationskommando“]
- 9.) Kapitänleutnant Gerstenberg,
- 10.) Kapitänleutnant v. Voigt,
- 10a) Oberleutnant Fließ,
- 11.) Leutnant d.Res.Mar.Inf. Gäbler,
- 12.) Mar.Int.Sekr. Geißler,
- 13.) Ober-Kriegsgerichtsrat Dr. Eichheim.
- 14.) Kapitänleutnant Stoss, pers. Adjutant d. Prinzen Heinrich,
- 15.) Kapitänleutnant Ross, B.d.U. [Befehlshaber der U-Boote]

später:

Vizeadmiral Nordmann, Inspekteur U.I. [U-Boots Inspektion],
 Kontreadmiral Langemaak, M.S.I.,
 Kontreadmiral Sievers, I.M.I. [Erste Marine Inspektion?],
 Kontreadmiral Uthemann [?], T.I. [Torpedo Inspektion],
 Kontreadmiral Hahn, S.A.I.
 Kontreadmiral v. Keyserlingk, B.S.O. [Befehlshaber der Sicherung der Ostsee?],
 Kontreadmiral Fuchs, Kommandant Fr.'Ort [Friedrichsort].
 Kapitän zur See Heine, Kommandant von Kiel,
 Se. Exzellenz, Staatssekretär Haußmann,
 Haußmann jun.
 Reichstagsabgeordneter Noske,
 Reichstagsabgeordneter Dr. Struve,
 Reichstagsabgeordneter Hoff.

Rausch, Redakteur der Volkszeitung,
 Garbe, Gewerkschaftssekretär,
 Vorstandsmitglied der U.S.P.D., Popp,
 Stadtrat und Parteisekretär Poller.

Bootsmannsmaat Broy – I.M.D. [Erste Matrosen Division]
 Heizer Podolski, SMS “Großer Kurfürst”,
 Minenheizer Laue, S.M.H. „Deutschland“,
 Obermatrose Ehel [richtig vermtl. Ehle], [Ehle, Schaaf, Artelt und Fischer
 Heizer Schaaf, mittels handschriftlicher geschweifter
 Oberheizer Artelt, Klammer gekennzeichnet als „von I.T.D.“
 Matrose Fischer [Erste Torpedo Division]]

Einleitend bemerkte seine Exzellenz, der Gouverneur, dass entgegen den in der
 Nachmittagssitzung getroffenen Vereinbarungen eine Deputation der Matrosen mit dem
 Ansinnen an ihn herangetreten seien, die im Gebäude des Stationskommandos befindliche
 Wache zu entwaffnen und dass am Bahnhof Offiziere ihrer Waffe, ihrer Achselstücke und
 Mütze usw. beraubt worden seien. Bezügl. des Letzteren erklärte der Führer der
 Matrosendeputation, dass dies Auswüchse seien, die für die Folge zu verhindern der
 Matrosenrat bestrebt sein würde.

Die Forderung nach Entwaffnung der Wache wird nach den Erklärungen der Abgeordneten der Matrosen im Hinblick darauf gefordert, dass seitens des Gouvernements die Heranziehung von Armeemannschaften als Gegenmaßnahme veranlasst sei.

In Verbindung mit dieser Frage wurde von einem Vertreter des Matrosenrats zur Sprache gebracht, dass entgegen der seitens des Gouverneurs gemachten Zusage Schiffe des III. Geschwaders ausgelaufen seien.

Der Gouverneur erwiderte darauf, dass er in dieser Beziehung keinerlei Zusage gemacht habe, dass er auf das Auslaufen von Schiffen keinerlei Einfluss habe, da die Schiffe ihm nicht unterstehen.

Im Anschluss hieran ergriff der Reichstagsabgeordnete Noske das Wort. Er erklärt, dass, falls weitere Truppen herangezogen würden, mit dem Zweck, die Bewegung einzudämmen, so dass es zum Blutvergießen kommt, die Arbeiter im ganzen Reich durch Streik demonstrieren würden, für diesen Fall würde sich eine weitere Erörterung für ihn erübrigen.

Ein Vertreter der Matrosen forderte die Zusage, dass Armeeteile nicht mehr herangezogen würden.

Von einem anderen Vertreter der Matrosen wird die Zurückziehung sämtlicher Armeetruppen gefordert.

Ferner wird die Forderung gestellt, dass sämtliche wegen politischer Vergehen inhaftierten Mannschaften in Freiheit gesetzt würden.

Außerdem wurden folgende Fragen aufgeworfen:

Welchen Zweck die im Stationsgebäude untergebrachten Infanteristen haben, ferner, ob es wahr ist, dass die herangezogenen Armeetruppenteile des nachts die Kasernen umzingeln und die Matrosen entwaffnen sollen. –

Gefordert wird, dass noch heute nacht sämtliche Armeetruppenteile mittelst Sonderzuges in ihre Garnison zurückbefördert werden. Der Gouverneur sagt zu, dass dieser Forderung entsprochen werden soll und erteilt hierfür sofort die Befehle zur Ausführung.

Im Anschluss hieran wird nochmals die Frage betr. Auslaufen von 2 Schiffen² des III. Geschwaders aufgeworfen.

Korvettenkapitän Fischer (Station O.) stellt zur Richtigstellung fest, dass es sich in der Nachmittagssitzung lediglich um einen angeblich beabsichtigten Vorstoß gegen England³ gehandelt habe. Zu einem solchen würde nach den Regierungsänderungen die Zustimmung der Regierung nötig sein. Lediglich dieses habe Se. Exzellenz zum Ausdruck gebracht. Die Frage, über das Auslaufen der Schiffe zu Übungszwecken ist in der Nachmittagssitzung nicht zur Erörterung gekommen.

² Es liefen alle Schiffe des III. Geschwaders, außer KÖNIG, die schon im Dock lag, nach Travemünde aus; also insgesamt vier Schiffe: MARKGRAF, GROSSER KURFÜRST, KRONPRINZ WILHELM, BAYERN.

³ Ein Flottenvorstoß war tatsächlich geplant; siehe Anhang.

Seitens eines Vertreters des Matrosenrats wurde hierauf zum Ausdruck gebracht, dass die Matrosen Misstrauen hegten gegen die Absichten ihrer Kommandanten und Geschwaderchefs, die sich angeblich zum Ziele gesetzt hätten, die Ehrenrettung der Marine in einem Vorstoß gegen England zu suchen.

Hierauf wird von einem Vertreter des Matrosenrats erklärt, dass die an Land zurückgebliebenen Mannschaften der ausgelaufenen Schiffe nur dann an Bord gehen würden, wenn die Schiffe wieder in Kiel an die Bojen gehen würden. Dem Gouverneur müsste Berechtigung erteilt werden, das Ein- und Auslaufen der Schiffe anzuordnen.

Es sei nicht möglich, die zurückgelassenen Leute hier unterzubringen. Der Gouverneur soll sich daher, wenn er das Einlaufen der Schiffe nicht mit eigener Machtvollkommenheit anordnen könne, mit dem Flottenchef in Verbindung setzen, dass die Schiffe zur Anbordnahme der Leute wieder nach Kiel kämen.

Der Gouverneur sicherte dies zu.

In Verbindung hiermit wird das sofortige Einstellen sämtlicher militärischer Maßnahmen gefordert.

Gewerkschaftssekretär Garbe führt aus, dass viele Hin- und Herreden zwecklos seien, sondern dass, um auf die normalen Verhältnisse vor dem 3. November zurückzukommen, die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden müssten, die dem Soldaten- und Arbeiterrat ermöglichen, auf die Soldaten und Arbeiter einzuwirken.

Reichstagsabgeordneter Noske teilt mit, dass nach ihm in der Reichskanzlei gewordenen Informationen keine Art von Verzweiflungstreich gegen England beabsichtigt sei. Wenn der Gedanke an ein solches Unternehmen aufgekommen sei, so sei das wohl vielleicht auf falsch gedeutete Äußerungen einzelner Offiziere zurückzuführen.⁴

Von einem Vertreter des Soldatenrats wird hierauf mitgeteilt, dass die Forderungen der Matrosen folgende seien:

- 1.) Freie Meinungsäußerung, Rücktritt des Kaisers,
- 2.) Größere Rechte des Volkes (Ausbau des Wahlrechts),
- 3.) Entlassung der Gefangenen und deren Straffreiheit.
- 4.) Bildung eines Matrosenrats, der in Angelegenheiten der Verpflegung, Fragen disziplinärer Art usw. gehört werden soll.

Wenn diese Forderungen erfüllt oder bestimmte Zusicherungen in dieser Richtung gegeben werden, wird Ruhe unter den Mannschaften gehalten werden können.

Voraussetzung sei jedoch immer, dass Entwaffnungen der Matrosen nicht versucht werden, auch dürfe nicht geschossen werden, ferner dass die noch der Bewegung fern Stehenden in den Kasernen zusammengehalten werden. Die Bewegung würde dann ordnungsmäßig abgebaut werden. Für die weiteren Verhandlungen würden die unabhängigen Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour⁵ herberufen werden.

⁴ Ein Vorstoß war tatsächlich geplant, siehe Anhang.

⁵ Im Original fälschlich: „Ledebor“.

Um das Misstrauen, das auf Seiten der Matrosen besteht, zu zerstreuen, führte Geheimrat Dr. Eichheim aus, dass seitens der Seekriegsleitung nie beabsichtigt sei, einen Vorstoß gegen England zu unternehmen, sondern dass es sich lediglich um Abhaltung von Manövern gehandelt hätte. Ein Angriff gegen die englische Küste wäre ein politischer Faktor, den nur die Volksregierung bestimmen könne.⁶

Während der Verhandlung läuft die Meldung ein, dass in das Verpflegungsamt Leute eingedrungen seien. Seitens des Soldatenrats wird Anordnung getroffen, das Verpflegungsamt sofort durch eine stärkere Patrouille zu besetzen, um Entwendungen von Proviant usw. zu vermeiden.

In der Frage der Zurückbeförderung von Truppen, die nochmals aufgerollt wird, sichert der Gouverneur zu, dass die Truppen sofort zurückbefördert werden und dass unterwegs befindliche Truppenkörper ebenfalls aufgehalten und in ihre Garnison zurückbefördert werden.

Der Chef des Stabes der Station O. [Hans Küsel] schlägt hierzu vor, die hier befindlichen Truppen auf einem auswärtigen Bahnhof zu verladen, um die Gelegenheit zu Zusammenstößen zu vermeiden.

Vertreter des Soldatenrates halten es für richtiger, die Truppen vom Bahnhof Kiel abzubefördern, um die Menge durch diese Maßnahme zu beruhigen, da die Maßnahmen der Anwesenheit von fremden Truppenteilen aufreizend wirke.

Der Redakteur Rausch von der Volkszeitung, der hierauf das Wort ergriff, gab seiner Meinung dahin Ausdruck, dass der Abbau der Bewegung nicht die Wiederherstellung der bisherigen Zustände bringen könne. Die künftige Gestaltung müsste insbesondere eine Änderung der Wehrordnung bringen.

Der bisherige Gegensatz zwischen Offizier und Mann in Heer und Marine beruhe auf einem Mangel an Verstehen von Oben und Unten, ein Zustand, der noch aus den Zeiten des Feudalismus stamme.

Es bestehe zur Zeit ein großes Maß an Rechtlosigkeit für den Mann.

Er möchte insbesondere die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs Haußmann auf die Bildung von Soldatenausschüssen lenken, bei denen jeder Mann seine Wünsche selbst vorbringen kann, und auch vom Heer übernommen werden müssten.

Meldung geht ein, dass 1 Unteroffizier und 25 Mann die Telegraphenzentrale des Stationskommandos besetzen wollen.⁷

Staatssekretär Haußmann führt über seinen Auftrag aus, dass er nach Kiel gesandt sei, um die Beschwerden der von der Bewegung erfassten Leute zu hören, insbesondere sollte er auch dem Gerücht entgegentreten, dass eine Verzweiflungsfahrt der Marine beabsichtigt sei.⁸ Die Regierung denkt mit keinem Gedanken an die Möglichkeit eines derartigen Vorstoßes. Die neue Regierung sei bemüht, alle Entscheidungen für Heer und Marine ihrer Initiative

⁶ Siehe Anhang.

⁷ Nach Darstellung Poppers in seiner Broschüre (Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution. Kiel, 1918; S. 21) wurde die Funkenstation besetzt.

⁸ Siehe Anhang.

vorzubehalten. Der Staatssekretär trete in der neuen Regierung für eine Neuordnung ein. Es müsse zugegeben werden, dass Heer und Marine in Entwicklungen zum Teil rückständig seien, die nachgeholt werden müssten, aber nicht in der jetzigen Zeit der nationalen Erregung.

Staatssekretär Haußmann stellt fest, dass die Regierung das größte Interesse hätte, die Beschwerden der Matrosen zu hören, das ginge daraus hervor, dass er nach Kiel entsandt sei. Es sei ihm sehr um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zu tun, die darin bestünden, die Missverständnisse zu beseitigen. Er würde ihre berechtigten Forderungen um so lieber der Regierung vortragen, als er den Eindruck gewonnen hätte, dass auch die Leitung der Bewegung an der Wiederherstellung der Ordnung ein Interesse zeigte.

Auf diese Ausführungen des Staatssekretärs Haußmann entgegnet ein Vertreter des Soldatenrates, dass die Bewegung nicht allein auf Missverständnisse zurückzuführen sei, sondern dass sie auch politischen Charakter trägt; der Grundgedanke hierbei sei Herauskommen aus den bisherigen Zuständen, d.i. Beseitigung des Militarismus.

Hierauf wurde dem Vorstandsmitglied der U.S.P.D. Popp das Wort erteilt. Er führte aus, dass der Militarismus in sich zusammenbreche und dass, je nachdem man die Bewegung gewähren lasse oder nicht, die Lösung eine friedliche oder eine gewaltsame sein werde, und zwar die Entwicklung zum friedlichen Sozialismus oder die Diktatur des Proletariats bedeuten, das, was man bei uns als „Bolschewismus“ bezeichnete. Von ihm wurde, sollte eine Wiederholung der jetzigen Zustände vermieden werden, folgende Mindestforderungen aufgestellt:

- 1.) Beseitigung der Krone,
- 2.) Abschaffung sämtlicher Monarchien in Deutschland
- 3.) freie Volksrepublik,
- 4.) ein gerechtes Wahlrecht.
Als solches betrachte er das Proportionswahlrecht, das die Stimmberechtigung auch den Frauen zuspreche.
- 5.) Preßfreiheit,
- 6.) Restlose Entlassung aller Gefangenen.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen würde in Kiel in einen Generalstreik eingetreten werden.⁹

Auf die seitens des obengenannten Popp aufgestellte Behauptung, es seien Friedensbedingungen der Entente nach Berlin gegangen, die nicht bekanntgegeben würden, eröffnet der Staatssekretär Haußmann mit aller Entschiedenheit, dass Friedensbedingungen des Feindes in Berlin z.Zt. nicht vorliegen.

Abgeordneter Noske weist, zu den Vertretern des Soldatenrates gewendet, darauf hin, dass die Weiterführung des Krieges nicht die Schuld Deutschlands sei. Wird die Bewegung nicht abgebaut oder gar in anderen Marinegarnisonen wiederholt, dann muss damit gerechnet werden, dass die Engländer binnen 3 Tagen vor Wilhelmshaven erscheinen würden. An Exzellenz Haußmann richtet er die dringende Bitte, noch heute Nacht – vor Erstattung des mündlichen Berichts – der Regierung über den Ernst der Lage in Kiel telegraphisch Bericht zu erstatten. Er halte die Waffenniederlegung seitens der Mitglieder nur dann für möglich, wenn den Leuten die Zusicherung des Rücktritts des Kaisers, mit der doch über kurz oder lang zu rechnen ist, gemacht werden kann.

⁹ Darstellung der Verhandlungen durch Popp, siehe Anhang. Popp schreibt u.a. er habe die Entlassung der politischen Gefangenen gefordert, und nicht die Entlassung aller Gefangenen.

Hierauf wird in die Erörterung über die Herausgabe eines Flugblattes¹⁰ eingetreten. Gewerkschaftssekretär Garbe hält das vom Reichskanzler erlassene Flugblatt nicht für geeignet, da der erste Teil zur Aufreizung beitragen könnte¹¹ und schlägt vor, die Verbreitung zu unterbinden. Das Gouvernement müsse ein besonderes Flugblatt vorbereiten, das auch die von ihm gemachten Zusicherungen enthalte. Nach mehrfachem Hin und Her wurde Übereinstimmung darin erzielt, dass im Hinblick auf die Aufhebung der Zensur das Flugblatt des Reichskanzlers nicht unterdrückt werden könne, dass aber der Soldatenrat in einem besonderen Flugblatt dazu Stellung nehmen solle.

Von den Leitern der Bewegung wird erneut die Herbeorderung der Abgeordneten Haase und Ledebour gefordert, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten den Leuten bekanntzugeben.

Von einem Vertreter des Arbeiterrates wird angeregt, sämtliche Matrosen, die sich bisher nicht der Bewegung angeschlossen haben, zur Vermeidung von Zusammenstößen durch ihre Offiziere entwaffnen zu lassen.

Diese Forderung wird fallengelassen.

Es geht die Meldung ein, dass ein Teil der hierher entsandten Armee-Truppenteile sich der Bewegung angeschlossen hätte. Es wird vorgeschlagen, die Leute hier zu behalten.

Mit Rücksicht darauf aber, dass die Unterbringung und Verpflegung der Leute auf Schwierigkeiten stoßen würde, wird dieser Vorschlag fallen gelassen, die Leute werden in ihre Garnisonen zurückgeschickt.

Der Obmann des Soldatenrates stellt zusammenfassend fest, dass in dem Flugblatt den Matrosen folgende Zusicherungen bekannt gegeben werden können:

- 1.) Die Armeetruppenteile kehren in ihre Garnisonen zurück,
- 2.) Gouvernement sagt Amnestie der politischen Gefangenen zu,
- 3.) der Staatssekretär Haußmann wolle für die Freilassung der in Celle und Cöln befindlichen Gefangenen bei der neuen Regierung eintreten.

Die Frage bezüglich Herberufung der Abgeordneten Haase und Ledebour wird nochmals aufgerollt. Staatssekretär Haußmann gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, dass der Ruf von

¹⁰ Es handelt sich vermutlich um das mit „Seeleute, Arbeiter!“ überschriebene undatierte Flugblatt, das wohl vom Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann geschrieben wurde und von Max von Baden, Ritter von Mann sowie von Scheidemann unterzeichnet wurde. Abdruck des Textes sowie Erläuterung der näheren Umstände der Herausgabe in: Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Nachdruck der Originalausgabe von 1927, Servus Verlag, Hamburg, 2011, S. 572-573. Zugänglich unter: http://books.google.de/books?id=uxK3CW-x7DUC&pg=PA572&lpg=PA572&dq=seeleute+arbeiter+flugblatt+baden+scheidemann+mam&source=bl&ots=i-cXWPs2fs&sig=brJ_3nOQXLisvsfE2YmOD0yhK8E&hl=de&sa=X&ei=57ytU-sFMfOoe1gMAM&redir_esc=y#v=onepage&q=seeleute%20arbeiter%20flugblatt%20baden%20scheidemann%20mann&f=false. Siehe auch: Werk des Untersuchungsausschusses (WUA), 4. Reihe, 2. Abteilung, 9. Band, 1. Halbband, Berlin 1928, S. 439.

¹¹ Gemeint ist vermutlich der erste Absatz: „Tiefbedauerliche Ereignisse haben sich in den letzten Tagen zugetragen. Zwischen Mannschaften, welche die Ordnung gewaltsam zu stören versuchten, und anderen, die beauftragt waren, sie aufrechtzuerhalten, ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat.“

dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgehen müsse, einer Aufforderung des Gouverneurs oder Regierung würden die Abgeordneten Folge zu leisten nicht verpflichtet sein.

Die Absendung der Telegramme unter Benutzung der Marineleitung wird zugesichert.

Über die Besetzung des Verpflegungsamtes geht Meldung ein, dass Leute sich bereits Proviantbestände angeeignet hätten und damit auf dem Wege zum Gewerkschaftshaus wären.

Soldatenrat trifft Sicherheitsmaßnahmen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Aus diesem Anlass wird angeregt, die Gestellung von Sicherheitswachen im Benehmen mit der Kommandantur zu veranlassen.

Staatssekretär Haußmann erklärt, der Regierung ans Herz zu legen, die Freigabe der politischen Gefangenen in der humansten Weise zu behandeln, er warnt dringend, die Bewegung fortzusetzen, da sie auf das Transportgewerbe überspringen könnte und dann Gefahr für die Ernährung der Bevölkerung bestehe.

Bezüglich der in der Kieler Marine-Arrestanstalten befindlichen Gefangenen wird vereinbart, dass Geheimrat Dr. Eichheim mit je einem Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrates am 5. XI. vormittags prüfen solle, welche Vergehen eine Entlassung der Leute aus der Arrestanstalt zulasse. Einzelne Beispiele über angeblich schlechte Behandlung und Verpflegung von Arrestanten werden zur Sprache gebracht.

Das Flugblatt wird verlesen.¹²

Korvettenkapitän Fischer (Station O) erinnert noch einmal an die Tatsache, dass einzelnen Offizieren Dolch und Achselstücke genommen sind. Maßnahmen gegen die Ausschreitungen müssen sofort getroffen werden.

Oberheizer Artelt erwidert, dass dies in der ersten Aufregung geschehen sei und Wiederholungen ausgeschlossen sind.

Der Gouverneur weist darauf hin, dass wir aufbauen und nicht stürzen wollen und es läge im Interesse des Soldatenrates, die bestehenden Behörden ihren Zweck dienstbar zu machen.

Meldung geht ein, dass am Ravensberg eine Abteilung Feldgrauer festgestellt worden sei, angeblich auf die Bevölkerung geschossen habe, zu ihrer Unterstützung seien Maschinengewehre entsandt.

Der Kommandant von Kiel, Kapitän zur See Heine, legt den Sachverhalt klar; die Armeeingehörigen hätten den Befehl des Gouverneurs erhalten, in ihre Garnison zurückzukehren und zwar unter Begleitung von Matrosen. Wenn die Abteilung abgerückt sei, ohne das Eintreffen der Begleitung abzuwarten, so könne das nur auf ein Missverständnis zurückzuführen sein. Die im Stationskommando untergebrachte Wache wird unter Begleitung von Matrosen nach dem Bahnhof in Marsch gesetzt.¹³

¹² Hierbei könnte es sich um das am Folgetag verbreitete Flugblatt des Soldatenrats handeln, das nach der Broschüre Bernhard Rauschs (Am Springquell der Revolution. Kiel 1918, S. 19) von ihm und zwei Mitgliedern des Soldatenrats verfasst wurde; siehe Anhang.

¹³ Zu den Vorgängen um die Stationswache, siehe Anhang.

Mit dem Soldatenrat wird vereinbart, dass das Gouvernement durch Einrichtung einer Telephonwache im Gewerkschaftshaus mit dem Soldatenrat in dauernder Verbindung bleibt.

Schluß 12 ¼ Uhr [0:15 Uhr].

Anhang

1. Geplanter Flottenvorstoß

Siehe dazu die Literaturstudie von Kuhl¹⁴, die den gegenwärtigen Stand der Forschung beschreibt, wonach die deutsche Seekriegsleitung (SKL) und das Kommando der Hochseestreitkräfte (KdH) im Oktober 1918, nach der ultimativen Forderung Ludendorffs, die Regierung müsse um einen Waffenstillstand nachsuchen, einen Flottenvorstoß auf der Grundlage ihres traditionellen Denkens und konkreter Planungen aus vorangegangenen Monaten gemäß dem Operationsbefehl Nr. 19 beabsichtigten. Danach sollte an der flandrischen Küste und in der Themsemündung in einem nächtlichen Vorstoß gegen „Streitkräfte und Verkehr“ vorgegangen werden. Auf dem Rückmarsch hoffte man dann vor Terschelling auf die so herausgelockte englische Flotte zu treffen und dort eine Entscheidungsschlacht zu schlagen. Vom militärischen Standpunkt kann der Vorstoß nicht als Todesfahrt im Sinne eines reinen Selbstmordunternehmens bezeichnet werden. Eine schwere Niederlage war jedoch wahrscheinlich.

Die Palette der möglichen Motive ist außerordentlich breit gefächert. So wird auch eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung erwogen, allerdings später wieder fallengelassen. Welche Motive im Einzelnen tatsächlich den bestimmenden Einfluss auf das Handeln ausübten, dürfte neben individuellen Bedingungen auch von der jeweiligen Position der Offiziere abhängig gewesen sein. So gibt es Hinweise, dass gerade auf der Ebene der Schiffseinheiten die Resignation überwog und damit der "ehrenvolle Untergang" also der Ehrenkodex bestimmend war. Auf der Ebene der Seekriegsleitung, die die Einsatzbereitschaft der Mannschaften und Schiffsoffiziere offenbar zu positiv einschätzten, dürfte dagegen die Hoffnung auf einen überzeugenden Nachweis der Daseinsberechtigung der deutschen Marine bestimmend gewesen sein, mit der daran geknüpften Positionierung für einen Revanchekrieg.

Die politischen Implikationen sind offenbar durchaus erörtert worden. Auch eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung stand zur Debatte. Dass sie dann nicht eingeweiht wurde, ist ein starkes Indiz dafür, dass SKL und KdH von einem Sturz der Regierung ausgingen. Auch die eingeplanten zivilen Opfer (Vorgehen gegen „gegen Streitkräfte und Verkehr“) hätten die Regierung wohl als Verhandlungspartner für Wilson unmöglich gemacht. Für Ludendorff waren die Waffenstillstandverhandlungen gescheitert, und die Marineführung hat diese Überzeugung geteilt, wie es überhaupt eine enge Abstimmung mit der OHL gab. Man träumte gemeinsam davon, in einer erneuten Kraftanstrengung den Alliierten Paroli zu bieten und bessere Friedensbedingungen durchzusetzen. Damit wäre die neue Regierung nach innen und außen unglaubwürdig gewesen und hätte zurücktreten müssen. Für eine aktive Organisation eines Umsturzes hätte somit keine Notwendigkeit vorgelegen.

¹⁴ Kuhl, Klaus: Die Rolle der deutschen Seeoffiziere während der Ereignisse im Oktober/November 1918. Online zugänglich unter (2. Januar 2018): <http://www.kurkuhl.de/docs/flottenbefehl-und-seeoffiziere.pdf>.

Da jedoch das Deutsche Reich materiell und personell am Ende war, müssen Hoffnungen auf einen besseren Frieden als Illusion angesehen werden. Insofern dürften die Handlungen von OHL und SKL eine starke propagandistische Komponente gehabt haben. Dies zeigt sich auch in der reichsweiten Kampagne von OHL, SKL, Vaterlandspartei und evangelischer Kirche in dem gemeinsamen Versuch, die Friedensgespräche abubrechen und in erneuerter nationaler Einheit den Krieg fortzusetzen. Das besondere Interesse der Marineführung lag dabei darin, sich die Option auf ihre Zukunft, einen Neuaufbau der Marine und damit auf den Weltgeltungsanspruch offen zu halten.

Mit der Niederlage dieser Kampagne, u. a. durch die Entlassung Ludendorffs und die beginnenden Meutereien, waren die besonderen Interessen der Seeoffiziere nicht mehr durchsetzbar. SKL und Flottenleitung brachen den geplanten Vorstoß ab und vertuschten ihre Absichten.

Es ist auffällig, wie sehr sich die Regierungsvertreter beeilten, der Marineführung einen „Persilschein“ auszustellen, was sich auch im obigen Protokoll und in dem vorgelegten Flugblatt der Regierung zeigt. Viel naheliegender wäre es doch aus heutiger Sicht gewesen, die Ereignisse gründlich zu untersuchen, bevor man ausgewiesene Demokratiefeinde freispricht. Auch Noske war auch später als Reichswehrminister an einer Aufklärung der Vorgänge nicht wirklich interessiert, ja er äußerte sogar Sympathie. Er schrieb in „Von Kiel bis Kapp“, dass er die Kieler Meuterei „aufs schärfste“ verurteilte und: „Solange [...] die Gegner den ehrenvollen Frieden ablehnten, mahnten wir unser Volk zum Einsatz aller Kräfte, um die Niederlage und einen Diktatfrieden [...] abzuwehren.“ Damit und mit der später nachgeschobenen Begründung der SKL für den Flottenvorstoß (Verteidigung der Küsten) gewann andererseits die Behauptung der Seeoffiziere, die Matrosen hätten sich vor einer Verteidigung der Küsten drücken wollen, und damit die Dolchstoßlegende, an Glaubwürdigkeit.

In späteren Rechtfertigungen ihres Vorgehens wurde von Seeoffizieren auch angeführt, dass eine Information der Regierung über die konkrete Planung nicht nötig gewesen sei, da der Hinweis auf die wiedergewonnene Operationsfreiheit nach Einstellung des U-Bootkrieges ausreichend gewesen sei. Es ist interessant, dass laut Protokoll gleich zwei Offiziere dem widersprechen und die Notwendigkeit einer Zustimmung der Regierung betonen. Tatsächlich hatte der Kaiser am 15. Oktober 1918 eindeutig verordnet: "Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter."¹⁵

2. Lothar Popp Darstellung der Verhandlungen

Broschüre von 1918¹⁶:

„Die Verhandlungen verliefen äußerst dramatisch. Immer wieder traten Ereignisse ein, die der Situation ein neues Gesicht gaben. Jene Stunden waren die Götterdämmerung einer alten Welt. Frei und bestimmt meldeten dort die Vertreter des revolutionären Proletariats ihr Erbe an und gaben kund, daß jetzt ein neuer Abschnitt des Geschichte Deutschlands und damit wohl der ganzen Welt begann.“

¹⁵ Bihl, Wolfdieter (Hrsg.): Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges. Darmstadt 1991, S. 478 f.

¹⁶ Popp, Lothar, unter Mitarbeit von Artelt, Karl: Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand. Kiel 1918, S. 20 f. (Reprint als Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 15, S. III 1-30).

„Ich selber führte dann ungefähr folgendes aus: Es wäre eine völlige Verkennung des Charakters der Bewegung, wenn man dieselbe lediglich als eine Folge des geplanten Flottenvortstoßes ansehe und glaube, dieselbe durch Straffreiheit und sonstige Konzessionen beenden zu können. Die Revolution in ganz Deutschland ist unabwendbar. Es sind bestimmte Unterlagen dafür vorhanden, daß es kein Regiment in ganz Deutschland gibt, das im Sinne des alten Regimes noch zuverlässig ist. Der Flottenvorstoß, einerlei, ob er nun wirklich beabsichtigt war oder nicht, war nur der letzte Anstoß, der die Bewegung auslöste. Ihre Ursachen sind politischer Natur und der entschlossenen Wille der Soldaten und Arbeiter, das alte Regime zu beseitigen. Speziell die Herren Reichstagsabgeordneten und der Herr Staatssekretär mögen beherzigen, daß, wenn sie die Revolution vermeiden wollen, dazu (wenn es überhaupt noch möglich sei, dieselbe zu vermeiden) folgende Maßnahmen unverzüglich getroffen werden müssen.

Absetzung aller Monarchien in ganz Deutschland,
Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Proportionswahlrechts für alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an in allen Bundesstaaten.
Freilassung aller politischen Gefangenen [im obigen Protokoll hieß es: Restlose Entlassung aller Gefangenen]
Beseitigung des Herrenhauses.“

„Ich erinnerte dann daran, daß von den wegen politischer Vergehen verurteilten Kieler Arbeitern trotz der Amnestie noch niemand freigelassen sei. Diese Männer seien jetzt, um die Bewegung durchzuführen, unentbehrlich. Ich forderte ferner, die Freilassung der mir bekannten wegen der vorjährigen Revolte inhaftierten Matrosen. Staatssekretär Haußmann versprach in diesem Sinne seinen Einfluß geltend zu machen. Es wurde dann von den anwesenden Soldaten verlangt, daß Haase, Ledebour oder Dr. Cohn telegraphisch herbeigerufen werden sollten. (Dieses Telegramm ist unterwegs aufgehalten worden und erst nach Ausbruch der Revolution in Berlin dort angekommen. Es ist von historischer Bedeutung, daß die gestürzte Regierung zwar die Abgeordneten aller Parteien ruhig reisen ließ, jedoch alles tat, um die Vertreter der Unabhängigen von dem Schauplatz der Ereignisse fernzuhalten.)

Inzwischen erschien eine Abteilung und besetzte die Funkenstation.“

NDR Interview 1978:

In der Sitzung da waren auch Vertreter der Matrosen, unter anderem Karl Artelt. Dann haben die Matrosen ihre Wünsche vorgetragen. Es war alles, na wollen mal sagen, nicht ganz klar und ein bisschen durcheinander. Ich habe mich zunächst ruhig verhalten, denn ich wollte erst mal sehen, wie weit das da läuft.

Während der Sitzung kam dann und wann ein Matrose zu mir und sagte mir, das haben sie besetzt und das haben sie besetzt ... Während dann die Offiziere und Noske und Haußmann immer noch darüber berieten, welche Reformen straffreie Rückkehr und Brot und all so ein Theater [gegen den Abbruch des Aufstands angeboten werden sollte], da kam derselbe Matrose wieder und sagte zu mir: „So, jetzt haben wir das Stationsgebäude besetzt!“ Das war das Gebäude in dem wir tagten! Da waren 80 Mann Infanterie drin, die hatten sie entwaffnet und das Gebäude besetzt.

Dann habe ich gesagt: „Ich möchte auch mal was sagen. Aber vor allen Dingen möchte ich einen Irrtum bereinigen. Sie reden immer von einer Matrosenrevolte. Das war es vielleicht

gestern und vorgestern noch, aber heute nicht mehr. Wir befinden uns jetzt hier am Anfang der deutschen Revolution.“

Interview Klaus Kuhl, 1978:

Abends um 9.00 Uhr war nun eine Sitzung im Stationsgebäude. An der nahmen Gouverneur Admiral Souchon, Staatssekretär Haußmann, Abgeordneter Noske“ - das war das erste mal in meinem Leben, dass ich Noske zu sehen kriegte, in der Sitzung - jetzt wird das ja vielleicht ein bisschen klarer für Sie, wie sich das abgespielt hat - „Vertreter der Matrosen und Vertreter beider sozialistischer Parteien.“ - der Rausch war dabei. „Staatssekretär Haußmann und der Abgeordnete Noske dachten zuerst noch, sie hätten es nur mit einer Meuterei der Matrosen zu tun. Jedoch wurde ihnen von den Vertretern der USPD erklärt, hier handele es sich um den Beginn der Revolution.“ Das hat sich in Wirklichkeit so abgespielt: (Sie können eine Kopie von den Dingen haben, ich habe einen Durchschlag.) Also wir saßen da... Vor ein paar Jahren hat der Westdeutsche Rundfunk mit mir einen Film gemacht, in demselben Lokal und so. Dann musste ich das immer so wiederholen, wie sich das so abgespielt hat. „War Opa revolutionär?“ hieß der Film. Die haben viel weggelassen. Zum Beispiel die Szene mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die haben sie weggelassen. Die passte ihnen wohl nicht in den politischen Kram. - Ja und dann habe ich die da reden lassen. Dann kam dann und wann ein Matrose rein und sagte mir was; kam nur zu mir und zu keinem anderen. Ich habe das nicht angeordnet. Und einmal kam einer und sagte: „Jetzt haben wir auch die Station besetzt.“ Damit hatten wir ganz Kiel. Die Station, in der wir tagten, hatten sie auch besetzt. Da unten waren auch Soldaten drin, also noch vom Gouverneur hineingestellte, die haben dann auch mitgemacht. Und wie das soweit war, da habe ich dann gesagt: „Also meine Herren, Sie irren sich, das ist nicht eine Matrosenrevolte. Das was Sie jetzt erleben ist der Beginn der deutschen Revolution. Daß wir hier verhandeln, hat gar keinen Zweck mehr.“ Ich wollte ihnen nicht so ganz klar sagen: „Sie haben ja nichts mehr zu sagen.“ Was soll ich mit denen verhandeln, wir hatten doch alles. Da wurde die Geschichte vertagt. Da war es aus.

3. Die Vorgänge um die Stationswache

Nachdem sich die Rendsburger und Neumünsteraner Infanterieeinheiten in der Oberrealschule in der Waitzstraße verbarrikadierten - der Schusswaffengebrauch war ihnen untersagt worden - forderte das Gouvernement gegen 21:00 Uhr eine Kompanie zum Schutz der Marinestation an. Während Stabschef Küsel später behauptete¹⁷, dass es sich bei dieser Einheit um die Rendsburger Soldaten gehandelt habe, schreibt Trowitz¹⁸, dass es eine Einheit seiner Neumünsteraner Infanteristen unter Oberleutnant v. Treyden gewesen wäre, die mit Maschinengewehren durch die dicht gedrängt stehenden Matrosen hindurch in das Stationsgebäude als Wache einrückte.

Sowohl Rausch als auch Popp schreiben, dass der Gouverneur zunächst geleugnet habe, dass sich eine Infanterieeinheit im Stationsgebäude befinde. Später habe er zugeben müssen, dass etwa 80 Mann im Keller untergebracht sein.

¹⁷ Küsel, Hans, Konteradmiral a.D.: Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der Kaiserlichen Marine und in Kiel – November 1918. Nach 1933 verfasst. Typoskript BArch RM 8/1026 (alte Sign.: F 4077 / PG 64922).

¹⁸ Trowitz, Erich: Revolution in Kiel – E./163. In: Bundeszeitung der Vereinigungen ehemaliger 163er, Nr. 11, 1. November, Eutin 1936, S. 1-10 (BArch RM 8/1025 fol. 32-36). Der Artikel wurde auf Verlangen des Reichskriegsministers zurückgezogen. Eine ausführliche Quellenkritik findet sich unter (aufgerufen 3. Januar 2018): http://www.kurkuhl.de/docs/int/einschaetzung-e-h-schmidt_quellenkritik-trowitz_kuhl-2017.pdf.

Nach dem Ende der Verhandlungen werden Trowitz und der kommandierende Offizier der auswärtigen Einheiten Oberstleutnant v. Raven informiert, dass die auswärtigen Infanterie-Einheiten Kiel verlassen müssen. Auch die Infanterieeinheit in der Marinestation soll zum Bahnhof geleitet werden und dort per Sonderzug abtransportiert werden. Trowitz macht zum Schicksal dieser Einheit keine Angaben, weder in seinem Artikel noch in den Erläuterungen. Es gibt jedoch Hinweise, dass sich diese Einheit zumindest teilweise mit den Aufständischen solidarisierte. Ein solcher Hinweis findet sich nicht nur in der Broschüre von Popp und Artelt¹⁹ sondern auch in undatierten Notizen des Vizeadmirals Otto Wurmbach, Leiter der Bildungsinspektion, der nach seiner Aussage bei den Verhandlungen anwesend war. Demnach wäre ein Matrose hereingekommen, hätte die Verhandlungen beim Gouverneur kurz unterbrochen und gesagt, dass "die Kompanie von der Armee, welche zum Schutze des Stationsgeländes hier im Keller untergebracht ist, sich unserer Bewegung angeschlossen hat, sie sitzt bereits im Gewerkschaftshaus und macht Abendbrot."²⁰ Im Verhandlungsprotokoll des Gouvernements heißt es: "Es geht die Meldung ein, dass ein Teil der hierher entsandten Armee-Truppenteile sich der Bewegung angeschlossen hätte. Es wird vorgeschlagen, die Leute hier zu behalten. Mit Rücksicht darauf aber, dass die Unterbringung und Verpflegung der Leute auf Schwierigkeiten stoßen würde, wird dieser Vorschlag fallen gelassen, die Leute werden in ihre Garnisonen zurückgeschickt."²¹

Nach Popp vollzog sich dieser Marsch folgendermaßen: „Eingerahmt von den 100 Marinesoldaten zog die Kompanie mit der roten Fahne und unter den Klängen des Sozialistenmarsches , in den die Lübecker²² Infanteristen begeistert einstimmten, dem Bahnhof zu, wo ein Extrazug bereitstand. Unter begeisterten gegenseitigen Zurufen schieden die Truppen von Kiel.“

Es ist allerdings merkwürdig, dass Nikolaus Andersen, der sich etwa zur fraglichen Zeit am Bahnhof aufhielt, dieses Ereignis nicht in seinem Tagebuch²³ erwähnte. Er befand sich nach seinen Notizen von 18 – 22 Uhr, sowie von 23 – 1 Uhr, und dann noch einmal von etwa 1:30 – 3:30 Uhr am Bahnhof. Es ist allerdings wahrscheinlich, dass die Infanteristen zwischen 1:00 und 1:30 Uhr eintrafen und somit von Andersen nicht wahrgenommen werden konnten. Es wäre auch möglich, dass Andersen bei den am Bahnhof zusammengeströmten Menschenmassen diese Vorgänge nicht mitbekam.

4. Flugblatt des Soldatenrats

Kiel, den 5. November 1918.

Kameraden!

Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldatengelangt.

Ein Zurück gibt es nicht mehr!

¹⁹ Popp und Artelt sprechen in ihrer Broschüre von einer Lübecker Einheit (S. III-20). Die Lübecker kommen jedoch nicht in Frage, da sie bereits im Bahnhof abgefangen wurden und die Waffen niederlegten.

²⁰ Familienarchiv. Wurmbach wird jedoch nicht im Protokoll des Gouvernements aufgeführt; BArch RM 31/2373, fol. 40-50.

²¹ Verhandlungsprotokoll, BArch RM 31/2373, Bl. 48. Am Ende des Protokolls heißt es, die Einheit "wird unter Begleitung von Matrosen zum Bahnhof in Marsch gesetzt."

²² Sie Anmerkung oben: es hat sich vermutlich um Truppen aus Neumünster gehandelt.

²³ Tagebuch von Nikolaus Andersen aus der Zeit des Matrosenaufstands in Kiel. Aufgerufen am 3. Januar 2018 unter: http://www.kurkuhl.de/docs/tagebuch_werft-konstrukteur_1917-1919.pdf.

Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Ihr habt einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat handelt.

Folgt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenutzt werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen.

Die in später Abendstunde beim Generalgouvernement unter Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Haußmann erreichten Erfolge sind:

1. Haußmann nimmt unsere Forderungen an und verspricht beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung.
2. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen.
3. Hinwirkung zum Einlaufen der Flotte.
4. Unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft befindlichen vorgelegt, um über deren Freilassung mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten, zu entscheiden.

Zur Ergänzung des Aktionsausschusses sind die Genossen Haase und Ledebour telegraphisch hierhergerufen worden.

Das Geschäftszimmer des Soldatenrates ist vorläufig Gewerkschaftshaus, Zimmer 13.

Kameraden, vertraut und stützt Euch auf Euren Soldatenrat!

Widergabe nach Rausch, Bernhard: Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung. Kiel 1918, S. 19 (Reprint als Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 15, S. II 1-3).